

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1849**

14.2.1849 (No. 38)

# Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 14. Februar.

N. 38.

Vorausbezahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.  
Einkaufsgebühr: die gepaltene Peltzelle oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14., wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1849.

## Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 10. Febr. Wer halbwegs zu lesen versteht, der wird in der österreichischen Note die ziemlich unumwundene Erklärung finden, daß das Osmüger Kabinett die ganze Verfassung, so wie sie aus den bisherigen Beratungen der Reichsversammlung hervorgegangen ist, durchaus verwirft. Den Bundesstaat, welchen die Verfassung bezeugt, nennt die österreichische Note einen Einheitsstaat, welcher in Oesterreich unausführbar und für das übrige Deutschland verderblich seyn werde, und Das, was sie an die Stelle dieses angeblichen Einheitsstaats zu setzen vorschlägt, ist nichts Anderes, als der äußerlich umgewandelte und durch die Aufnahme einer Anzahl außerdeutscher Länder erweiterte Staatenbund. Nimmt man dazu, daß die Note das von der Reichsversammlung genehmigte Gagern'sche Programm unbedingt verwirft, daß sie festhält an dem Grundsatz der Vereinbarung im weitesten Sinne des Wortes, daß sie sich in einen wenig verhaltenen Gegenfatz stellt zu der preussischen Note, daß sie die §§. 2 und 3 des Verfassungsentwurfs als Unmöglichkeiten zurückweist, so wird es sehr zweifelhaft, ob durch dieses Altkleid der Weg der Verständigung mit Aussicht auf Erfolg eröffnet worden sey.

Unter den Protestationen und Verneinungen, mit denen die Note angefüllt ist, befindet sich nur eine positive Idee, an welche sich von der andern Seite her anknüpfen läßt: die Idee nämlich, oder vielmehr die Andeutung, daß die deutsche Staatsverfassung so eingerichtet werden müsse, daß Oesterreich mit seinem gesammten Ländergebiete, ja, daß sogar auch die Niederlande und Dänemark innerhalb dieser Verfassung Platz finden. Im Sinne dieses Planes verspricht die Note Vorlagen von Seite der österreichischen Regierung, welche dann als Gegenprojekt zu dem aus den Beratungen der Reichsversammlung hervorgegangenen Verfassungsentwurf zu betrachten seyn werden.

Wie man von so fernliegenden Endpunkten ausgehend zu einer Vereinigung gelangen könne, würde mir schwer einleuchten, auch wenn die österreichische Regierung nicht, wie die Note in ihrem drittlezten Sage zu sagen scheint, die Vereinbarung erst dann zu beginnen gesonnen wäre, wenn die Reichsversammlung ihre Verfassungsarbeiten beendet haben wird. „Gerne erwarten wir“, heißt es dort, „daß, wenn die von der Versammlung zu beschließende Verfassung den deutschen Regierungen zur Vereinbarung vorliegen wird, eine nach allen Seiten hin befriedigende Verständigung erzielt werden könne.“ Das lautet fast, als ob die Vereinbarung nachträglich bloß unter den Regierungen stattfinden solle, als ob die österreichische Note in dem Resultat der Verfassungsarbeiten der Reichsversammlung bloß eine Art Gutachten sehe, welches den Regierungen als den zuständigen Behörden zur beliebigen Behandlung vorzulegen sey.

Nehmen wir inbeiden auch an, daß die Worte der österreichischen Regierung nicht in diesem bedenklichen Sinne zu verstehen seyen, so bleibt doch wenigstens immer so viel Ungeklärtheit übrig, daß die Lösung der schwebenden Verwicklungen durch die Note sicherlich nicht als gefördert anzusehen ist; — auch dann nicht, wenn wir uns die Idee des mittel-europäischen Zentralstaates aus derselben hinwegdenken, für die man in der Paulskirche keine 50 Stimmen gewinnen wird.

Frankfurt, 12. Febr. (168. Sitzung.) Der Präsident kündigt an, daß ihm von Seiten des Reichsministeriums eine Zuschrift des österreichischen Kabinetts zur Mittheilung für den Reichstag übergeben worden sey. Einer der Schriftführer erhält den Auftrag, die Urkunde vorzulesen. Dies geschieht: es ist die Ihnen bereits bekannte Note vom 4. Februar.

Nach der Verlesung macht der Präsident den Vorschlag, die Note an den Verfassungsausschuß zur Begutachtung zu weisen.

Eisenmann verlangt das Wort. Eine Antwort auf die uns amtlich mitgetheilte Urkunde sey unumgänglich; er billigt den Vorschlag der Verweisung an den Verfassungsausschuß. Der Redner geht weiter auf hier umlaufende Gerüchte über, laut welchen das Reichsministerium oder der Verfassungsausschuß eigenmächtig eine Frist für die zweite Lesung des Verfassungsentwurfs festgesetzt habe; er hoffe, diese Gerüchte seyen ungegründet.

Reichensperger bestreitet den Vorschlag des Präsidenten und Eisenmann's, weil der Verfassungsausschuß viel zu sehr Partei gegen die in der Note ausgesprochene Meinung genommen habe, und beantragt, einstweilen einfach sich mit der geschickenen Verlesung zu begnügen und das Recht späterer Beschlußnahmen vorzubehalten.

Giskra verlangt, daß ein besonderer Ausschuß zu Begutachtung der Note und zu etwaiger Einleitung einer Verständigung gewählt werde.

Beseler beantragt, daß man zur Tagesordnung übergehe und die Note einfach an den Verfassungsausschuß verweise.

Heinrich v. Gagern begehrt das Wort. Allgemeine Stille. „Ich kann“, sagt er, „die österreichische Note nicht als eine Antwort auf die mir übertragene und von mir begonnene Unterhandlung mit dem Wiener Kabinett betrach-

ten, und hierüber ist auch der österreichische Bevollmächtigte mit mir einverstanden.“

Rehrer Redner, Kössler von Dels und Berger aus Wien, sprechen gegen Beseler's Antrag und verlangen Niederlegung eines eigenen Ausschusses.

Künzberg aus Bayern: „Schon vor 4 Wochen habe ich die Nothwendigkeit hervorgehoben, daß eine Revision der vom Verfassungsausschuß vorgelegten und von dem Hause in erster Lesung genehmigten Entwürfe eingeleitet werde, weil der Verfassungsausschuß seinen Bundesstaat, sondern einen Einheitsstaat wolle. Die österreichische Note stimmt mit meiner Ansicht vollkommen überein, und ich wiederhole meinen früher gestellten Antrag.“

Fuchs aus Breslau donnert gegen die Note. „Wir sind“, sagt er, „noch nicht so weit gesunken, daß uns Nichts übrig bliebe, als nach der Pfeife der Diplomaten zu tanzen; wäre dies der Fall, so würde auch ich rathen, den Verfassungsausschuß aufzulösen und dafür einen Vereinbarungs-ausschuß zu wählen. Ich stimme für Verweisung an den Verfassungsausschuß.“

Venedey klagt über die Note, widerräth aber dennoch die Verweisung an den Verfassungsausschuß.

Kieser beantragt die Verweisung an den Verfassungsausschuß in milden, veröhnenden Worten.

Die Debatte wird geschlossen. Man schreitet zur Abstimmung. Die Vorschläge von Künzberg und Reichensperger werden mit großer Mehrheit verworfen. Der Antrag, die Note dem Verfassungsausschuß zu übergeben, geht durch, und somit hat die österreichische Partei eine nicht unbedeutende Schlappe erlitten.

Martini stellt die Anfrage, ob das Reichsministerium den früher von Schmerling gegebenen Versicherungen gemäß an den Brüsseler Verhandlungen über die italienische Frage Theil genommen habe?

Reichsminister v. Gagern erklärt, diese Frage nächsten Donnerstag beantworten zu wollen.

Uebergang zur Tagesordnung, d. h. zur Verathung des §. 43 der Grundrechte. Dieser Paragraph lautet so:

Jede deutsche Gemeinde hat als Grundrechte ihrer Verfassung 1) die Wahl ihrer Vorsteher und Vertreter, 2) die selbständige Verwaltung ihrer Gemeindeangelegenheiten mit Einschluß der Ortspolizei, 3) die Veröffentlichung ihres Gemeindehaushaltes, 4) Oeffentlichkeit der Verhandlungen, so weit die Rücksichten auf besondere Verhältnisse es gestatten, 5) allgemeine Bürgerwehr.

Die Ordnung der Bürgerwehr und ihr Verhältnis zur allgemeinen Wehrpflicht wird ein Reichsgesetz bestimmen.

Schulz aus Weilburg verlangt, daß die Gemeindeverfassung, die er dankbar annehme, durch eine entsprechende Gau- oder Kreisverfassung ergänzt werde.

Ragel aus Bayern spricht für den Text des Entwurfs, indem er sich weillässig auf seine Erfahrungen als Beamter beruft.

Rheinwald aus Württemberg empfiehlt eine möglichst freie Gemeindeverwaltung, und bestreitet einige von Angehörigen der Bürokratie gestellte Verbesserungsvorschläge.

Evertsbusch, ein evangelischer Kanzelredner aus Westphalen, läßt sein geistliches Licht zur Empfehlung der Sätze des Paragraphen leuchten.

Räder aus Oldenburg verlangt die Aufnahme des Zusatzes, daß die Vorsteher der Gemeinde von Zeit zu Zeit abtreten und durch neue Wahlen ersetzt werden sollen.

Raumann aus Frankfurt a. D. bekämpft die Hereinziehung des Satzes über Bürgerwehr in den Paragraphen und will dem Staat ein Recht der Obergewalt über die Gemeindeverwaltung vorbehalten wissen.

Da keine weiteren Redner eingeschrieben sind, vertheidigt Beseler, als Berichterstatter des Ausschusses, kurz den Inhalt des Entwurfs.

Man schreitet zur Abstimmung; erst bringt der Präsident die Verbesserungsvorschläge zur Unterstüzung.

Die Sätze des §. 43 werden mit Ausnahme der Worte „allgemeine Bürgerwehr“ angenommen. Sämmtliche Verbesserungsvorschläge fallen durch.

Uebergang zu §. 44, welcher so lautet:

Jedes Grundstück muß einem Gemeindeverband angehören. Beschränkungen wegen Waltungen und Wästen sind der Landesgesetzgebung vorbehalten.

Moriz Wohl empfiehlt unbedingte Annahme des ersten Satzes, rath dagegen, den zweiten, der den leitenden Ideen des ersten widerspreche, zu streichen.

Wüth von Sigmaringen erklärt sich im Interesse der Gemeinden für Beibehaltung des zweiten Satzes, weil sonst durch die Nothwendigkeit der Führung von Wegen u. dgl. Kosten für Gemeinden erwachsen würden.

Beseler, als Berichterstatter des Ausschusses, empfiehlt die Beibehaltung beider Sätze, und bestreitet ein von der Minderheit des Ausschusses gefälltes Gutachten, kraft dessen jeder volljährige, selbständige Deutsche Mitglied einer Gemeinde zu seyn verpflichtet wird.

Man schreitet zur Abstimmung. Der erste Satz des §. 44 wird mit großer Mehrheit, der zweite mit 181 gegen 157 Stimmen angenommen. Für den letztern Satz hatte näm-

lich eine Zettelabstimmung stattgefunden. Die vorgeschlagenen Zusätze fallen durch.

Viele Stimmen verlangen Vertagung der weiteren Verathung auf morgen. Der Antrag erhält die Mehrheit. (Schluß der Sitzung: um halb 2 Uhr.)

## Der vaterländische Verein in Nassau an seine Mitbürger.

Seit mehreren Monaten besteht in Nassau ein vaterländischer Verein, in Verbindung mit solchen Vereinen in Mannheim, Karlsruhe, Weinheim, Eppingen, Sinsheim, Baden, Rheinbischofsheim, Sulzburg, Randern, Lörrach, und Thiengen.

Alle diese Vereine haben sich zum Zwecke gemacht und in gemeinschaftlichen Satzungen ausgesprochen:

Beförderung der Einheit und Kraft des deutschen Volkes.

Unbedingte Unterwerfung unter die Centralgewalt und Reichsversammlung; Erringung und Erhaltung der Rechte und Freiheiten des deutschen Volkes auf geglichem, verfassungsmäßigem Wege.

Aufsuchung und Anwendung aller Mittel zur Hebung der Bildung, der Wehrhaftigkeit, und des nationalen Wohlstandes des Volkes, so wie zur Verbesserung der Lage der ärmern, besonders der arbeitenden Klassen.

In neuester Zeit wird von Mannheim aus aufgefordert zur Bildung und Organisation von Volksvereinen. Eine Auswahl Männer, die denselben Namen „Landesausschuß“ tragen, wie ihn der leitende Vorort der vaterländischen Vereine längst angenommen hat, macht diese Aufforderung kund.

Der Zweck dieser Volksvereine wird in den bis jetzt von dem provisorischen Ausschusse in Mannheim unter dem Vorsitz des Hrn. „L. Brentano“ ausgegebenen Drucksachen als bekannt vorausgesetzt, und keineswegs genau und deutlich angegeben.

Dieser Umstand muß bei jedem besonnenen Manne Bedenken erregen.

Der Landesausschuß der vaterländischen Vereine in Mannheim hat deswegen auch schon das badische Volk vor jenen Volksvereinen gewarnt.

Der vaterländische Verein in Nassau stellt seinen Mitbürgern den Unterschied zwischen den vaterländischen Vereinen und den neu zu organisirenden Volksvereinen unter Anführung des Hrn. L. Brentano dar, und überläßt Jedermann die Wahl, auf welche Seite er sich schlagen will; denn in politisch wichtigen Zeiten muß jeder Bürger entschieden seyn.

Wir, die vaterländischen Vereine, haben nicht, wie man böswilliger Weise zu verbreiten sucht, reaktionäre Bestrebungen zur Aufgabe. Wir sind keine Werkzeuge Derer, welche die Hoffnungen und Errungenschaften des deutschen Volkes verkümmern oder vernichten wollten. Wir wollen nicht dem Volke den Genuß der erhaltenen und verbürgten Rechte entziehen, vorenthalten, oder erschweren.

Wir wollen darum, wie die neuen Volksvereine, in volkshreundlichem Sinne wirken; wir wollen, wie sie, mit gleichgestanten Vereinen in ganz Deutschland in Verbindung treten, wie Dieses von uns bereits geschehen ist mit vaterländischen Vereinen in Gießen, Kassel, Leipzig, Hannover. Wir bemühen uns deshalb auch, für unsere Vereine immer mehr Boden zu gewinnen.

Dieses ist es, was wir, die vaterländischen Vereine, mit den Volksvereinen gemeinschaftlich haben.

Wir sind aber den Volksvereinen entgegengesetzt:

1) In unserm Zwecke, in Dem, was wir, wie oben gesagt, bestimmen und klar wollen, während die Volksvereine Dies nicht sagen. Wir gebrauchen offen und ohne Scheu die Worte „Volksheerlichkeit“, „politische Reform“, „soziale Reform“. Wir sagen es aber auch eben so offen, daß wir unter diesen Worten verstehen weder „die willkürliche Herrschaft der Menge“, noch „den gewaltsamen Umsturz bestehender Verhältnisse, noch die „widerrechtliche Theilung des Eigenthums.“

2) In den Mitteln, unsern Zweck zu erreichen. Als erstes Mittel zur Erreichung unseres Zweckes haben wir die politische Bildung unserer Mitbürger und ihre Erziehung zu politischen, entschiedenen Charakteren. Ueber Aufstände, wie wir sie in unserm engen Vaterlande gesehen, sprechen wir kein Bedauern wegen ihres Mißlingens aus, sondern eine Mißbilligung derselben, weil sie uns nebst dem Glend, das sie uns brachten, große Hindernisse in der politischen Entwicklung unseres deutschen Vaterlandes in den Weg legten.

Wir wollen eine gesetzmäßige, ruhige Entwicklung unserer Zustände. Wir billigen aber auch politische Aufregung und gemeinsames Wirken, die sich bis zum gesetzlichen Widerstande steigern können, wenn es gilt, verwerflichen Aufbruch zu bekämpfen, die gefährliche Macht einer Willkürherrschaft zu brechen, und sich jeder Gewalt zu widersetzen, welche unveräußerliche Volksrechte verlegt. Wir sind deswegen Feinde des bewaffneten Aufstandes wie der Gewaltherrschaft. Die Schranken des Gesetzes sind uns heilig.

3) In der Hinweisung auf Frankreich. Wir wollen kein

Heil von fremden Völkern. Wir wissen zu gut, daß unsere Zustände keine Vergleichung zulassen mit einem bereits seit Jahrhunderten einheitlich gestalteten Reiche, und geben Das, was wir bereits durch unsere Reichsversammlung in Frankfurt errungen haben, wie mangelhaft es auch noch ist, noch nicht um Das, was man anderwärts als großes Glück preist.

4) In der Wahl der Organe der Presse. Wenn wir auch das Gute nicht verkennen, das Blätter haben, welche in politischen Bestrebungen immer weiter und weiter drängen, so billigen wir doch weder den Zweck, noch die Art und Weise der politischen Bestrebungen, wie sie die „Mannheimer Abendzeitung“, die „Seebblätter“, und die „Republik“ fund thun.

5) In Beziehung auf Eintreibung und Verwendung von Geldern, die nach Anordnung der Volksvereine durch eine besondere Besteuerung des Bürgers aufgebracht werden sollen. Die in 16 Paragraphen vorliegenden Statuten der Volksvereine beschäftigen sich größtentheils mit dem Aufbringen und Sammeln von Geldern, welche wöchentlich zwar nur drei-Kreuzer-weise von den Bürgern erhoben werden sollen, aber doch namhafte Summen betragen können.

Wer in dieser allgemeinen Zeit der Bedrängniß den Bürger mit einer neuen Steuer belastet, und die eingesammelten Gelder für Gott-weiß-was verwendet (denn die Statuten der Volksvereine sagen Nichts davon, wie es damit gehalten werden soll), der mag sich, und wenn er auch auf Kosten der Gesellschaftskasse das Land bereist — einen Freund des Volks nennen; wir glauben es nicht, daß er ein solcher ist.

Wir heben diesen Punkt besonders hervor, um Verdächtigungen und der gegen die vaterländischen Vereine verbreiteten Meinung zu entgegenen, als sey der Beitritt zu denselben kostspielig. Wir wollen keine Gelder vom Bürger erheben, seine ständigen Ausgaben nicht mit einer weitem vermehren, wir bestreiten aus freiwilligen Beiträgen lediglich unsere Drucksachen, in denen der Verein seine Thätigkeit kund thut, und erklären hiermit, daß der Beitritt zum vaterländischen Verein unentgeltlich ist.

Schließlich gibt der vaterländische Verein in Raftatt den Volksvereinen die Antwort, welche die Schwaben dem Märzverein in Frankfurt, dem Stammvater der Volksvereine, gegeben haben, und knüpft daran die Aufforderung an alle wahrhaft freisinnigen Bürger, sich ihm anzuschließen und mit vereinten Kräften das Wohl des Vaterlandes zu fördern.

### Deutschland.

— Vom Rhein, 5. Febr. In Ihrem Blatte ist seitlicher allen den Erscheinungen, welche auf die Massenverarmung sich bezogen, eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet worden. Es verdient Dies alle Anerkennung, war aber auch notwendig, denn die Verarmung zieht sich wie der rothe Faden durch alle unsere politischen Zustände.

In diesen Tagen erschien in Raftatt eine kleine Schrift, betitelt: „Zur Verarmungsfrage, mit besonderer Berücksichtigung des Großherzogthums Baden, von Domänenrath D. Abegg“, welches Schriftchen das lebhafteste Interesse erregt.

Der Verfasser greift die Sache gleich frisch an. Er sagt, man muß es sich nicht verbieten lassen, die Ursachen der Verarmung in Gemeinden u. sogar familienweise genau zu untersuchen, und dann mit den gefundenen richtigen Mitteln helfen. Er gibt auch an, in welcher Weise diese Untersuchungen vorgenommen werden sollen.

Als Ursachen der Verarmung hebt die Schrift hervor: 1) Krankhafte, gebrechliche oder mangelhafte körperliche Zustände; 2) mangelhafte Befähigung und Ausbildung zu einem Berufsgeschäfte; 3) Arbeitslose und Sorglosigkeit in Folge von Entfittlichung und Verbrechen; 4) Unglücksfälle in der Wirtschaft; 5) unzureichende Beschäftigung und Bezahlung; 6) unzureichende Bezahlung bei voller Beschäftigung; 7) unzureichende administrative Vorkehrungen zur Wirtschaftsentwicklung. Diese Ursachen wirken natürlich nicht rein, sondern in verschiedenen Mischungen und Verbindungen mit einander.

Einen Beleg zu einer speziellen Untersuchung der Verarmungsursachen gab England, als es die Vorbereitungen zu seiner Armengesetzgebung von 1834 traf.

Höchst interessant sind die Notizen, welche das Schriftchen zur Beleuchtung der einzelnen Verarmungsursachen aus dem dem Verfasser zugänglich gewesenem Materialen gibt.

So lernen wir aus den Notizen zu der Ursache Ziff. 1, daß eine große Menge solcher unglücklichen Kranken noch sehr schlecht besorgt ist und doch das Land viel Geld für sie ausgibt. Ueber die Verschlingung der physischen und physischen Ursachen von Handlungen, die als Verbrechen betrachtet werden, sind schätzenswerthe Nachrichten mitgetheilt. Mit Recht wird den Ärzten eine wichtigere Aufgabe hierbei gestellt, als bisher geschah.

Vollkommen richtig finde ich auch die bei Ziff. 2 ausgesprochene Ansicht des Verfassers, daß aller Fachunterricht im Allgemeinen nach den Beschäftigungsgruppen des Landes eingerichtet werden müsse, und eben so richtig scheint mir die Behauptung, daß der landwirtschaftliche Unterricht bei uns seitler stark vernachlässigt worden ist; für eine landwirtschaftliche Bevölkerung von 109,850 Familien mit 561,330 Köpfen nur eine Landwirtschafts-Schule, und diese erst seit kurzem, für 20 junge Leute!!

Bei Ziff. 3 wird durch statistische Nachweisungen aufs Klarste dargelegt, daß trotz unserm Strafsysteme die Zahl der Verbrechen nicht abgenommen hat. Die Regelmäßigkeit in der jährlichen Zahl der Verbrechen deutet der Verfasser auf regelmäßige Ursachen. Solche lassen sich finden, ja sie sind zum Theil schon gefunden, und nun werden die Mittel angegeben, wie auf eine eben so einfache wie zweckmäßige Weise diese regelmäßigen Verbrechenursachen gehoben werden sollen. Welche Ersparnisse der Staatskasse dadurch

entstünden, ist bemerkenswerth, wenn man erwägt, daß die Strafrechtspflege jährlich etwa 1/2 Million kostet.

Höchst betrübend sind die Nachweisungen über die Bettlerzunahme, überraschend das Zahlenverhältniß der Bettler zu den Kornpreisen.

Unsere Handelslage zwischen Rhein und Donau ist vortreflich aufgefaßt; eben so die Aufgabe der deutschen Eisenbahnen und deren natürliche Gelege. Die wichtige Lage von Mannheim wird in wenigen Sätzen sehr gut herausgehoben.

Interessant ist am Schluß des Schriftchens die Schilderung des Kommunismus und Sozialismus. Mit Recht erkennt der Verfasser in dem ersteren ein Produkt geistiger Erschlaffung, das aber ideengefeglich dem Kapitale so oft entgegen tritt, als dieses durch Egoismus an seinem eigenen Ruine arbeitet.

Das ganze Schriftchen ist mit Ruhe und mit dem Gepräge eines freien, unbefangenen Beobachters unserer Zustände geschrieben, was dem Leser sehr wohl thut. Man kann nur wünschen, daß auch Andere von dieser Schrift Anlaß nehmen, ihre Untersuchungen und Beobachtungen in solcher Weise der öffentlichen Prüfung zu übergeben.

— Gerlachshelm, 10. Febr. Bisweilen kann es sich einer oder der andere der sogenannten Republikaner nicht versagen, seinem Ingrimm darüber Luft zu machen, daß er bei uns so sehr den Prediger in der Wüste spielen muß: dann liefert er dem Mitarbeiter eines gesinnungsverwandten Karrikaturblattes Material zu Zerrbildern seiner hervorragensten Gegner. So wurden neulich im „Volks(hinter)führer“ die Bürgermeister im Gau, die als unabhängige und freisinnige Männer bekannt sind, Amtmanns-Bürgermeister genannt, und der Apotheker Röder hier, ein junger Mann, der mit wahrer Freiheitsliebe eine Thatskraft und Mäßigkeit verbindet, wie sie allen konstitutionellen empfohlen werden dürfte, ein pfäffisch und knechtisch gesinnter Krebsgänger geheißen. Die Lösung des Räthsel besteht darin, daß jene seiner Zeit die Amnestiepetition nicht unterzeichneten und Dieser seiner Ueberzeugung gemäß eine Petition gegen die Kammerauflösung zu Stande brachte.

Dieselben werden sich wohl zu trösten wissen über ihre Verträts; ja, sie können in der That stolz darauf seyn, in einem Blatte geschimpft zu werden, das in derselben Nummer über den hochverehrten Staatsrath Beck loszieht. Wohl in Deutschland und Frankreich wird dieser Mann der einzige Minister seyn, der das Steuerruder eines Staatsschiffes durch alle Stürme und Brandungen des verfloffenen Jahres hindurch zu handhaben vermochte. Wer Dies in einem Lande, wie Baden, thun konnte, das nach allen Seiten hin von Aufruhr unterwühlt war, der hat wahrhaftig eine seltene Probe seines staatsmännischen Berufes abgelegt. Er verdient die Anerkennung nicht nur des badischen Volkes, sondern der gesammten deutschen Nation; er verdient die Bewunderung des Auslandes. Daß er am Ruder war, als die Märzstürme hereinbrachen, Das verdanken wir unsern Fürsten und zunächst dem muthigen Herolde der deutschen Parlamente, unserer Zweiten Kammer.

Einer spätern Zeit bleibt es vorbehalten, die Verdienste dieses Staatsmannes in vollem Maße zu würdigen; ein Blatt aber, das solchen schimpflichen Angriffen gegen einen Mann, wie Staatsrath Beck ist, seine Spalten öffnet, das hat sich schon damit allein vor aller Mitwelt verdammt, wenn Dies nicht ohnehin wegen seiner umstürzenden und wahnwitzigen Tendenz, die aus jeder Zeile spricht, der Fall wäre.

— Raftatt, 13. Febr., Morgens 11 Uhr. Die Bürgermeister-Wahl ist beendigt; so eben wird der neugewählte Bürgermeister Sallinger, auf den sich alle Stimmen gegen eine (112 gegen 1 Stimme) vereinigt haben, in feierlichem Zuge nach dem Rathhaus geleitet.

— Freiburg, 12. Febr. Unser Landvolk erwacht wieder aus dem Taumel, in den es theilweise durch das von den Wählern ihm beigebrachte Gift versetzt worden ist. Die kräftigen Naturen unserer Gebirgsbewohner konnten nicht auf lange von demselben niedergehalten werden: der in ihnen wohnende gesunde Verstand kommt wieder zum Erwachen, — zum großen Verdruß unserer allein selig machen wollenden Volksbeglückter. Ein Proöphen hievon erhielten wir vor einigen Tagen in einer Kreisversammlung des Freiburger Volksvereins in dem Orte Kirchzarten.

Hr. Advokat v. Rottek, vor kurzem aus der Verwahranstalt in Bruchsal gegen Sicherheitsstellung entlassen, und von Hr. Brentano zum Vorstand des von ihm dazwischen niedergelegten Kreisauschusses der Volksvereine ernannt, hatte eine Volksversammlung nach dem Orte Kirchzarten ausgesprochen, wogegen die Gemeinde Kirchzarten sich die Freiheit nahm, zu protestiren und sich den ungebundenen Besuch zu verbitten; eben so die Bürgermeister mehrerer anderen Orte der Umgebung, was sie dem Hr. Volksvereins-Ausschussvorsitzer vermelden ließen. Hr. v. Rottek setzt aber seinen souveränen Kopf auf und sagt: „die Volksversammlung wird doch in Kirchzarten gehalten“; die Kirchzarter haben aber auch souveräne Köpfe zum Aufsetzen, eine Anzahl kräftiger Bürger, beurlaubter Soldaten, und insbesondere gutgebaute Grobschmiede aus der Gegend sagen: „So sollen sie in Gottes Namen kommen, wir sind schon da.“ Der Bürgermeister läßt aber dem Hr. Vorstand nochmals vermelden, wie der Wind aus dem Hölenthal blase, und daß die Volksversammlung in Zarten ein sonderbares Himmelsreich finden werde.

So kam der Tag der ausgeschriebenen Versammlung und brachte den auf die Gänge gerichteten Kirchzartnern — ein nicht abbestelltes Schulmeisterlein und einen abgedankten Bürgermeister, die vor dem Dorf wieder kehrt machten und die Köpfe mehr rückwärts als vorwärts gedreht Arm in Arm in einem dunkeln Waldpfade bald wieder verschwanden.

Ein Herr aus Freiburg hat dem Bürgermeister Mittags im Löwen gesagt, sie hätten recht gethan; „denn Leute, die

nur immer die Hölle frisch anschnüren wollten, gehörten nicht ins Himmelsreich, sondern anderswohin.“

Wie aber der Hr. Kreisauschuss-Vorsitzer dem Hr. Generalissimus der Volksvereine, Brentano, die Meldung von der verunglückten Volksversammlung machte, soll dieser gemeint haben, das sey eine verdammte und unerlaubte Volksouveränität, und die Kirchzarter seyen ein dummes Bauernvolk, die er Moses lehren werde, wie er die Gewalt dazu habe. (Zum Glück hat er sie noch nicht.)

So sind die Ansichten eben verschieden; wir halten's mit dem Freiburger Herrn.

— Nürnberg, 6. Febr. (Nürnberg. Corr.) Von den 692 durch das letzte Hochwasser in hiesiger Stadt Beschädigten wurden, laut authentischen Mittheilungen, folgende Beträge des erlittenen Schadens angegeben: an Grundbesitz 41,355 fl.; an Waaren hiesiger Einwohner 231,709 fl.; an Waaren der Meßfrämer 88,000 fl. und nachträglich noch 11,000 fl. Die zur Unterstützung der Beschädigten veranstaltete Kollekte hat einen Ertrag von — 5420 fl. geliefert.

— Kassel, 7. Febr. (K. a. Z.) In der gestrigen Sitzung der Ständeversammlung wurden folgende Anträge zu Beschlüssen erhoben:

1) Die Ständeversammlung hält es unter den gegenwärtigen Verhältnissen für dringend notwendig, daß der kaiserliche Bevollmächtigte bei der provisorischen Zentralgewalt über alle durch die preussische Zirkularnote angeregten Fragen sofort Instanzuktion erhalte.

2) Sie erachtet den Titel des Reichsoberhauptes zwar für minder wichtig, würde aber mit desto größerer Freude einen Beschluß der deutschen Nationalversammlung begrüßen, durch welchen die Erblichkeit der Oberhauptwürde ausgesprochen würde.

3) Sie hält es bei der gegenwärtigen Sachlage nicht für zweckmäßig, irgendwelche Aenderung der bisher gefassten Beschlüsse der Nationalversammlung zu beantragen, erachtet es aber für geboten, daß durch offene Erklärung jeder Zweifel beseitigt werde, als ob Seitens der Regierung oder der Ständeversammlung Kurheßens den bisherigen Beschlüssen der Nationalversammlung über die deutsche Verfassung die Anerkennung fehlen könne.

4) Sie beschließt endlich, diese Ansichten hoher Staatsregierung in der Hoffnung auf ein vollständiges Einverständnis mit derselben über diese Lebensfrage des großen Vaterlandes mitzutheilen.

— Weimar, 8. Febr. Seit einigen Tagen sind hier die Konferenzen der Bevollmächtigten der thüringischen Staaten zum Zweck der Bildung einer combinirten thüringischen Truppendivision eröffnet. Die dringenden Mahnungen des Reichs-Kriegsministeriums und die Nothwendigkeit, die bis jetzt nachgelassene Stellung von Artillerie und Kavallerie zu beschaffen, haben endlich die Einigung herbeigeführt, und werden dem bisherigen Krähwinkelwesen ein Ende machen, wo das Kontingent einzelner Souveräne nicht zahlreich genug war, um je Bataillonsübungen anstellen zu können, und wo von den zu einem Bataillon vereinigten Truppen die eine Hälfte nach dem preussischen, die andere nach dem bayrischen Reglement exerzirte.

— Leipzig, 4. Febr. (Deutsche Reichs.) Die Kammern sind wirklich trocken; es führen in ihr gerade die Männer das Wort, welche auch die Bildung des Gegenparlaments in Berlin betrieben, mit welchem sie die Frankfurter Versammlung aus dem Sattel zu heben gedachten. Der demokratische Kongreß sollte gleich eine Art von zweiter Kammer des projektirten Konventes abgeben; Helbig und Tschirner waren ab und zu nach Berlin und Frankfurt gegangen, um von Schaffrath, der jetzt eine Art Direktor abgibt, das Stichwort zu holen. Was sich damals in Berlin nicht durchsetzen ließ, soll nun bei uns in anderer Weise aufgeführt werden. Doch begreifen schon Viele, daß es so nicht geht, daß ein gedeihliches Ende nicht abzusehen ist; sie fürchten ein Ministerium Carlows, das etwa den Ministerien Manteuffel und Stadion entspräche.

Aber dahin wird es nicht kommen; an eine Auflösung ist nicht zu denken, und sie wäre ohnedies eine Thorheit. Denn eben weil die Kammern als ein Produkt der Majorität, wie sie gegenwärtig ist, zu betrachten sind, würde eine Auflösung dieselben Männer wieder in die Volksvertretung bringen. Diese Deputirten werden schon selbst dafür sorgen, daß sie von ihren eigenen Wählern als eine Last betrachtet werden, und dann fallen sie von selbst bei Seite. Ein Mann wie Schaffrath, dessen ganze Stärke in einer allerdings seltenen Effronterie und Dreistigkeit besteht, kann sich auf die Dauer nicht behaupten, und es ist gut, daß er und sein Anhang mit allen ihren Herzenswünschen so ganz unverschleiert hervortreten. Denn was die Führer etwa noch verschweigen, damit plagen die biederben Männer, denen parlamentarische Gewiezigkeit abgeht, sehr unverhohlen heraus. Wenn Hr. Schaffrath einmal in Frankfurt sagte, Volksmänner brauchen Nichts zu beweisen, so findet diese Maxime unter seinen Freunden den lebhaftesten Anklang.

Das Ministerium büßt jetzt seine Fehler; es kokettirte mit den Herren, spielte Hebamme für sie bei den Wahlen, und liegt nun auf einem Lager, das aus lauter Dornen und gar keinen Rosen besteht. Von der Forbten ist ein Mann von feinen Formen und guter Sitte: ihm ist unbehaglich zu Muth; Oberländer vertritt das Toben seiner Freunde noch am ehesten: er ist ihr Schooßkind; Braun hält sich möglichst zurück und schüzt seine Kränklichkeit vor, die keine gemachte ist; Tobt wird schon theilweise misstrauisch angesehen, denn er ist ein Mann von Verstand und hat in Frankfurt Etwas gelernt. Unsere Koryphäen ertragen seinen Widerspruch und seine Mahnungen ungerne; indessen hat er einmal in einem schwachen Augenblicke von sächsischer Freiheit gesprochen, und Das söhnt diese Leute mit ihm aus. Man muß eben nun die Kammern weiter hantieren lassen, und hoffen, daß der öffentliche Verstand und der deutsche Sinn allmählig wieder zu ihrem Rechte gelangen.

Wäre der Mittelstand, welcher sich so gern gebildet nennt,

ten nicht  
em Hrn.  
Nebung  
ll dieser  
laube  
dummes  
Gewalt  
en's mit  
92 durch  
en wur-  
räge des  
355 fl.;  
Baaren  
1,000 fl.  
Kollekte  
Sigung  
zu Be-  
genwär-  
der kar-  
Zentral-  
angereg-  
war für  
de einen  
grühren,  
de aus-  
nicht für  
gefahnen  
erachtet  
er Zwer-  
der über  
schließen  
lung die  
taatsre-  
erstän-  
Bater.  
ind hier  
ngischen  
hüringi-  
Rahnum-  
ndigkeit,  
und Ka-  
erbeige-  
esen ein  
uweräne  
anpfele-  
ereinig-  
andere  
ammern  
laments  
er Ber-  
Der Kam-  
ig und  
gurt ge-  
rt ab-  
Berlin  
Weise  
es so  
ist; sie  
u Mini-  
sung ist  
Den  
nähst,  
wie  
lösung  
bringen.  
daß sie  
werden,  
nun wie  
seltenen  
Dauer  
ang mit  
hervor-  
weigen,  
atariße  
enn Hr.  
rauchen  
seinen  
okettirte  
Wahlen,  
nen und  
Mann  
glich zu  
Freunde  
ält sich  
eine  
ange-  
Franken  
feinen  
hat er  
er Frei-  
aus.  
lassen  
deutsche  
nenn;

energischer aufgetreten, hätte er statt zu Whiskarten zu Wahlzetteln gegriffen, und statt Parteien zu arrangiren, Parteien organisiert, so wären die Kammern befriedigender ausgefallen. Handelte es sich nicht um die Angelegenheit des deutschen Vaterlandes, dann könnte man diesem „gebildeten“, aber politisch trägen Mittelstande die herbe Niederlage wohl gönnen, die — sein eigenes Werk ist.

**Schleswig, 6. Febr.** Die preussische Zirkularnote und speziell die zweifelhafte Fassung desjenigen Satzes, welcher des Verhältnisses der Herzogthümer zu dem engern deutschen Verband erwähnt, hat jetzt auch die Landesversammlung zu einem offiziellen Schritte veranlaßt, zu einer Adresse an den Reichsverweser, in welcher es namentlich heißt: „Holsteins Recht auf Theilnahme am deutschen Bundesstaat kann nun und nimmermehr aufgegeben werden, und jeder Plan, der dahin gerichtet wäre, Holstein in ein minderwertiges Verhältnis zum übrigen Deutschland zu stellen, würde auf den entschiedensten und allgemeinsten Widerstand in unserm Lande stoßen.“ Und die Adresse übertreibt darin nicht. Deputationen auf Deputationen aus allen Theilen des Landes erscheinen Tag für Tag vor den Schranken der Versammlung, um einstimmig und kräftig gegen die Lösung eines Bundes zu protestiren, dessen Jungkeit die Ereignisse des letzten Jahres noch feier geknüpft. Deutschland kann das durch und durch deutsche Holstein nicht aufgeben: aber wollte und könnte Deutschland auch Holstein aufgeben, Holstein wird nie von Deutschland lassen.

Inzwischen scheint die gemeinsame Regierung die Besorgnis zu hegen, daß die Aufregung des Landes zu übereilten Schritten Anlaß geben möchte; wenigstens ist eine Rückführung auf das Anerbieten der Landesversammlung, ihr alle Mittel zu den ausgebehtesten Mächtigungen im voraus zu bewilligen, stark auf Abkühlung berechnet, denn dieselbe weist, unter dankbarer Anerkennung der ausgesprochenen Bereitwilligkeit, doch zunächst auf die Waffenstillstandskonvention und dann auf den Umstand hin, daß hinsichtlich des Umfangs und der Ausführung der Rüstungen die Anordnungen der Centralgewalt zu beachten seyn würden.

**Berlin, 4. Febr.** (Köln. Z.) Temme's Freilassung aus der Haft ist bekanntlich durch einen Kompetenzkonflikt um einige Wochen verzögert worden. Wir sind bei dieser Gelegenheit auf eine Lücke in der Gesetzgebung aufmerksam geworden, welche auszufüllen eine der dringendsten Aufgaben der nächsten Kammer seyn wird.

Wie wir wissen, hatte nämlich Temme das Oberlandesgericht in Münster, welches als forum domicilii und als forum deprehensionis die Untersuchung wider ihn eingeleitet hatte, perhorreszirt, und es war in Folge dessen von Seiten des Justizministers das Oberlandesgericht in Paderborn beauftragt worden, die Untersuchung zu führen. Das letztere lehnte indeß den Auftrag ab, weil nach der Verfassung vom 5. Dezember alle Ausnahmegerichte unterjagt seyen, Niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden dürfe, und der Justizminister demnach nicht berechtigt erscheine, ein anderes als das gesetzlich kompetente Gericht mit der Führung einer Untersuchung zu beauftragen. Der Justizminister betrie sich zwar auf die Bestimmungen der Kriminalordnung, wonach er in den Fällen, wenn ein Obergericht perhorreszirt oder sonst an der Ausübung der Rechtspflege verhindert wird, berechtigt sey, ein anderes Obergericht zu delegiren, so wie auf eine Kabinettsorder von 1834, wonach, im Falle das Oberlandesgericht zu Münster perhorreszirt oder verhindert werden sollte, das Obergericht zu Paderborn im voraus ein für allemal als das substituirt Gericht bezeichnet sey, und folgerte daraus, daß das letztere demgemäß in der Temme'schen Untersuchung als das gesetzlich kompetente Gericht betrachtet werden müsse. Allein das Kollegium verbarnte bei seiner Ansicht und lehnte jede Einwirkung in der Sache entschieden ab.

Der Justizminister hätte nun noch die Entscheidung des Königs einholen können; und jedoch den Angeeschuldigten unter diesem Jurisdiktions-Konflikte nicht länger leiden zu lassen, zog er es vor, seine Freilassung anzuordnen und die weiteren Schritte dem Staatsanwalt des Kammergerichts zu überlassen. In dem vorliegenden Falle war es möglich, diesen letztern Ausweg zu wählen, da das Kammergericht als forum delicti commissi nach den bestehenden Gesetzen kompetent ist, die Untersuchung wider Temme zu führen. Allein es fragt sich: wenn die Ansicht des Oberlandesgerichts zu Paderborn richtig ist — und es läßt sich nicht leugnen, daß sie Vieles für sich hat — was soll dann geschehen, wenn die fora domicilii, delicti commissi und deprehensionis, wie dies sehr häufig der Fall ist, in einem Gerichtshofe zusammen treffen, und dieser von dem Angeeschuldigten perhorreszirt oder sonst an der Ausübung der Rechtspflege verhindert wird? Ist der Justizminister nicht mehr, wie bisher, befugt, in einem solchen Fall ein anderes Gericht zu delegiren, so würde die Folge davon seyn, daß es dann überhaupt an einem kompetenten Gerichtshofe fehlen und somit gegen den Angeeschuldigten weder Untersuchung noch Strafe möglich seyn würde.

Es ist einleuchtend, daß diesem Uebelstande schleunigst abgeholfen werden muß. Wie wir hören, sollen auch bereits Vorbereitungen getroffen seyn, um im Wege der Gesetzgebung die vorhandene Lücke zu ergänzen, und ähnlichen Katastrophen, wie sie bei Temme vorgekommen sind, für die Zukunft vorzubeugen.

**Berlin, 10. Febr.** Heute Morgen versuchte der ehemalige Abgeordnete für Striegau, Referendar Schramm, sich trotz der Ausweisung abermals in die Stadt einzudrängen. Den ihn erkennenden Schutzmännern suchte er durch die Flucht zu entweichen. Er hielt erst Stand, als ihn ein Soldat mit Niederschießen bedrohte, sprach aber die Drohung aus, nach Sibirien auszuwandern, wenn solches Benehmen der Behörden nicht bald aufhöre. Schramm scheint gleich Robertus den Berlinern Anlaß geben zu wollen, ihn des Skandals wegen zu wählen; aber die Berliner werden sich nicht zum zweiten Male berücken lassen.

Heute wurde der Büchsenmacher Siebert vom hiesigen Kriminalgerichte wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Jahren Zuchthaus nebst Verlust der Nationalkassade verurtheilt; dagegen wurde der unter gleicher Anklage vor Gericht gestellte Privatsekretär Krause aus Danzig von der Anklage entbunden.

**Berlin, 10. Febr.** Wie man hört, wird bis zum Frühjahr die Bildung eines Marinebataillons vollendet seyn. Das Bataillon wird aus 800 Mann bestehen. Diese 800 Mann werden die Bemannung der 40 Kanonenjollen, deren Vollendung ebenfalls im Frühjahr in Aussicht steht, bilden. Uebrigens versichert man, daß eine Verlängerung des Waffenstillstandes mit Dänemark zu erwarten stehe.

Professor Vegas hat im Auftrag des Königs den Meister Peter v. Cornelius für die Gallerie berühmter Männer gemalt. Das Bildniß wird von den ersten hiesigen Kunstkennern als ein wahres Kunstwerk erachtet. Cornelius ist fortwährend mit der Ausführung seiner großartigen Kartone beschäftigt.

**Wien, 9. Febr.** Baron Kübeck ist nun auch in Bruck a. M. zum Abgeordneten erwählt worden. Der Eintritt desselben in die Kammer erregt allgemeines Interesse. Das neue Anlehen ist mit den Häusern Sina, Rothschild, und Striegly abgeschlossen. Es soll 40 = 60 Millionen Gulden betragen.

### Italien.

(Basl. Z.) Privatnachrichten aus Florenz und Livorno melden, daß die dortigen Klubs, erbittert über den Fortbestand der schweizerischen Militärkapitulationen, ihre Klage an den in Italien niedergelassenen Schweizeren auszuüben gedenken. Der Präsident eines Volksvereins in Florenz eröffnete einem dort niedergelassenen Schweizer zu Händen seiner Landesleute, daß im Vereine beschloßen worden sey, alle Italiener in einem öffentlichen energischen Aufruf zu blutiger Rache an den Schweizern aufzufordern. Die Schweizer, welche von der ohnmächtigen toskanischen Regierung keinen Schutz zu erwarten hatten, fanden sich dadurch bewogen, den Schutz des französischen Gesandten anzurufen, welcher ihrem Wunsche nicht nur bereitwilligst entsprach, sondern den Minister des Innern sofort persönlich davon benachrichtigte.

In Livorno hat der dortige Nationalverein beschloßen, zuerst die Einfuhr von Schweizer Manufakturen zu hintertreiben, und wenn die Militärkapitulationen nicht bald aufgehoben würden, mit Ausnahme der Tessiner alle Schweizer auszuweisen.

### Frankreich.

**Paris, 10. Febr.** Unlängst meldete ich Ihnen, daß die in den römischen Legationen liegenden Schweizer Truppen nach Gaeta aufzubrechen beabsichtigten, um sich zur Befreiung des Papstes zu stellen. Der Hauptgrund ihres Entschlusses lag in dem Wortlaute der Militärkapitulation, in Folge deren sie aus den französischen Diensten in die des Papstes getreten waren, da bekanntlich die Schweizer Regimenter, welche hier gleich nach der Julirevolution verabschiedet wurden, sich in den Kirchenstaat anwerben ließen, um die in den Legationen durch die Ereignisse von 1830 gefährdete Ruhe herzustellen.

Die erwähnte Kapitulation bestimmt, daß die Schweizer Truppen nur dem Papst oder dessen gesetzmäßig bestellten Legaten zu gehorchen haben. Da nun Pius IX. durch den General Zucchi seine sämtlichen Truppen auffordern ließ, der revolutionären Regierung in Rom den Gehorsam zu verweigern, so begehren die Schweizer auf den Grund ihrer Kapitulation, dem h. Vater zu Hilfe zu eilen, indem sie keine andere Autorität, als die des Papstes anerkennen. Indessen ist es dem von der revolutionären Regierung eingesetzten Prolegaten von Bologna gelungen, von dem General der dortigen Schweizer, Grafen Latour, das Versprechen zu erwirken, nicht früher mit seinen Truppen abzugeben, als bis das römische Ministerium die geeigneten Maßregeln getroffen hätte, um in Ermanglung der Schweizer die öffentliche Sicherheit aufrecht zu erhalten, da es in den Legationen schon jetzt von Räuberbanden wimmelt.

Das römische Ministerium hat sich nicht anders aus der Klemme zu ziehen gewußt, als indem es den Schweizern eine andere Kapitulation, unter sonst vortheilhaften Bedingungen, vorschlugen ließ. Es ist übrigens zu bezweifeln, ob die Schweizer sich durch die goldenen Versprechungen der revolutionären Regierung werden verführen lassen, die dem Papste geschworne Treue zu brechen.

Mit der vielbesungenen italienischen Einheit geht es immer schlechter. Nachdem Toskana kürzlich die amtlichen Verbindungen mit Neapel abgebrochen hat, ist nun ein ähnlicher Bruch zwischen Sardinien und Neapel erfolgt. Als nämlich der Abate Gioberti Minister des Auswärtigen in Sardinien wurde, beilegte er sich, die Häupter der wählerischen Partei zu Gesandten zu ernennen. Unter Anderm wurde der Advokat Plessa zum Gesandten in Neapel ausgesendet. Der König beider Sizilien, welcher mit Recht befürchtete, die Gegenwart des Hrn. Plessa in Neapel würde den dortigen Radikalen einen Anhaltspunkt gewähren, weigerte sich, den neuen Gesandten von Sardinien anzunehmen. Es entspann sich darüber zwischen beiden Regierungen ein lebhafter Notenwechsel, der damit endigte, daß Hr. Plessa am 4. d. M. nach Genua zurückkehrte, ohne von dem König von Neapel empfangen worden zu seyn. Zur Vergeltung hat nun Gioberti dem Grafen Lubolf, bisherigem Gesandten von Neapel in Turin, seine Pässe zugesandt, und so ist der Bruch vollständig.

**Paris, 11. Febr.** Hr. Ellis, der Bevollmächtigte Englands zu dem Kongreß zu Brüssel, hat eben so wie der französische Bevollmächtigte, Hr. v. Lagrenée, Vorschlag erhalten, sich nach Brüssel zu begeben. Auch der österreichische Bevollmächtigte, Graf Colloredo, soll unterwegs seyn. Der Kongreß könnte also in den nächsten Tagen eröffnet werden.

### Vermischte Nachrichten.

— Karl Feinzen hat in der zu Biel in der Schweiz erscheinenden „Evolution“, dem Organ der deutschen Flüchtlinge, unter der Ueberschrift „Der Nord“ einen Artikel erscheinen lassen, welcher die Nothwendigkeit, den Nord als Waffe der rothen Partei zu organisiren, darzuthun sucht. Es heißt darin unter Anderm: „Es ist möglich, daß das Norden nicht bloß eine geschichtliche, sondern auch eine physikalische Nothwendigkeit ist. Es ist möglich, daß die Atmosphäre oder der Erdboden eine gewisse Quantität Menschenblut fordert, um ihre chemischen und sonstigen Interessen durchmachen zu können. Wenn aber ein solcher Bedürfnis der Natur besteht, so wird man uns wenigstens nicht überreden können, daß zur Schwängerung der Luft und zur Düngung der Erde Aristokratenblut weniger tauglich sey, als Demokratenblut. Wir werden uns daher zu fragen haben, ob für uns die Zeit und die Macht gekommen sey oder kommen werde, der Gegenpartei auch „einige Zumuthungen“ zu machen. Es scheint, daß der demokratischen Partei vorbehalten sey, in großen Forderungen die Schuld aufzurechnen, welche die andere Partei nach und nach bei ihr gemacht hat. Die französische Revolution des vorigen Jahrhunderts war eine solche Zeit der Nordabrechnung, und wenn nicht alle Zeichen trügen, wird sich die französische Revolution bald in einer europäischen Revolution wiederholen.“ Und an einer andern Stelle: „Der mordenden Reaktion gegenüber ein Gewissen haben, heißt gewissenlos seyn. Sie vernichten auf alle Weise, mit allen Mitteln, an allen Orten: — Das drängt sie uns als Pflicht, als Gerechtigkeit, als Humanität auf. Kossuth war ein Mann von Energie, aber Kossuth hat zu wenig an Erfindungen gedacht und Kossuth hat das Knallsilber übersehen. Muß man einen halben Welttheil in die Luft sprengen und ein Meer von Blut vergießen, um die Barbarenpartei zu ruiniren, so soll man kein Bedenken tragen. Der hat kein republikanisches Herz im Leibe, der nicht die Geugthuung, eine Million Barbaren unter die Erde zu bringen, freudig mit seinem Leben bezahlet.“

Merkwürdig hoher Barometerstand. Am 11. Febr. war hat das Barometer einen so außerordentlich hohen Stand erreicht, wie ein gleicher oder höherer hier in 50 Jahren nur einmal beobachtet wurde. Schon seit zwei Monaten steht das Barometer beinahe immer ungewöhnlich hoch, und zwar seit der Mitte des Januars bei gelindem, regnerischem, mehrmals selbst stürmischem Wetter und vorherrschenden S-W- und W- Winden, was gegen alle Regel ist, indem ein sehr hoher Barometerstand im Winter gewöhnlich nur bei hellem und kaltem Wetter und N-D- und NW- Winden vorkommt. Am 8. Februar stieg das Barometer von neuem an, langsam zu steigen, und erreichte am 11. Nachts 9 Uhr bei gelindem Wetter und N-W- Wind die Höhe von 23 Zoll, 7.12 Linien (auf 10° Wärme reduziert). In Karlsruhe beträgt im Durchschnitt aus 50 Jahren der mittlere Barometerstand 27° 10.1'' und der höchste des Jahres 28° 5.4''; nur in 12 Jahren betrug derselbe mehr als 28° 6'', nämlich:

1802	28° 6.20''	am 27. Januar.
1805	„ 6.10	„ 16. November.
1821	„ 9.56	„ 6. Februar.
1822	„ 6.65	„ 28. „
1825	„ 6.32	„ 6. Januar.
1826	„ 6.10	„ 17. „
1835	„ 6.94	„ 2. „
1836	„ 6.91	„ 2. „
1840	„ 6.96	„ 27. Dezember.
1845	„ 6.50	„ 22. März.
1846	„ 6.70	„ 9. Januar.
1849	„ 7.12	„ 11. Februar.

Hienach wird der gegenwärtige Barometerstand nur von dem im Jahr 1821 und zwar um 2.44 Linien übertroffen; die Barometerstände von 1833, 1836, und 1840 sind dem diesjährigen beinahe gleich.

Welche Ursachen einen außerordentlich hohen Barometerstand hervorbringen, und welche Folgen aus einem solchen entstehen können, hat die Witterungskunde noch nicht deutlich kennen gelehrt. In den meisten Fällen bedeutet aber ein sehr hoher Barometerstand den Eintritt oder wenigstens die Annäherung eines kalten und trocknen nördlichen Luftstroms, daher folgt darauf meistens trockene und kalte Witterung, welche oft längere Zeit anhält; nur sehr selten, wie z. B. in den Jahren 1779 und 1822, bleibt es dabei mild, aber häufig, besonders wenn der sehr hohe Barometerstand gegen das Ende des Winters eintritt, folgt auf denselben später, wenn das Barometer wieder seinen gewöhnlichen Standpunkt erreicht hat, bedeutende Wärme und nicht selten ein baldiger Frühling.

Möge uns der Himmel mit strenger Kälte verschonen und uns einen baldigen Frühling schenken.

Karlsruhe, den 12. Februar 1849. Dr. Otto Eisenlohr.

Frankfurter Kurszettel.		Diverse Aktien.	
Den 12. Februar.		Pr.	Weld.
Friedrich Wilh. Nordbahn	377/8	377/8	377/8
Ludwigshafen - Verba	719/8	719/8	719/8
Köln - Minden	79 1/4	—	—
Dampfeschiffahrt - Aktien	98	—	—
Deutsche Phönix - Aktien	3	—	94 1/2
ditto Lebensversicherung - Aktien	3	—	—
Köln - Aachen	46	—	—
R. A. Ferd. Bahn	—	—	—
Wien - Stoggnitz	—	—	—
Mailand - Venedig	—	—	—
Vereins - Oblig. - Loose à 10 fl.	6 5/8	6 5/8	6 5/8

Geldkurs.			
Gold.		Silber.	
fl.	fr.	fl.	fr.
Neue Louisdor	11 5	Laubtaler, ganze	2 43
Friedrichsdor	9 54	ditto halbe	1 16
Preussische ditto	9 53 1/2	Preuss. Thaler	1 45
Holl. 10 fl. Stücke	10 1	ditto in Scheinen	1 45 1/8
Dufaten	5 36	Fünffranctenthaler	2 21 3/4
20 - Frankenstücke	9 35	Silber, hochhaltig	24 28
Engl. Sovereigns	12 2	ditto gering und mittelhaltig	24 18
Gold al Mareo	383		

Frankfurt, 12 Febr. Am Anfang der Börse zeigte sich eine laue Stimmung, späterhin fanden indeßen in einigen Gattungen der Fonds und Eisenbahn-Aktien verschiedene Einfäufe für auswärtige Rechnungen statt, weshalb sich deren Preise etwas höher stellten, als gestern. 3/10 Spanier auf die niedrige Notirung von Madrid flauer. Alle übrigen Gattungen bei stillem Geschäft preisstaltend.

Redigirt und verlegt von Dr. Friedrich Gießne.

